



Geschäftsführung Finanzausschuss

Herr Hengstenberg

Telefon: (0221) 221-24649

Fax: (0221) 221-23902

E-Mail: michael.hengstenberg@stadt-koeln.de

Datum:

Niederschrift

über die **Sitzung des Finanzausschusses (Hpl.-Sitzung)** in der Wahlperiode 2014/2020 am Freitag, dem 13.10.2017, 08:30 Uhr bis 11:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Peter Kron	SPD
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Gräfin Alexandra von Wengersky	CDU
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Herr Ulrich Breite	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln
----------------------	-------------------

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug
Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller
Frau Beigeordnete Andrea Blome
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach
Herr Hans-Jochen Hemsing
Frau Isabell Nehmeyer-Srocke

Presse

Zuschauer

Vertreter verschiedener Ämter

I. Der Finanzausschuss stimmt zu, dass die Tagesordnung um folgende Punkte erweitert wird:

6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

- 6.1 Gesetzentwurf des Landes "Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen"
3107/2017
- 6.2 Silvesterprogramm in der Umgebung des Kölner Doms / Multimediaprojektion und Bühnenprogramm
3044/2017
- 6.2.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Die Linke betreffend Silvester 2017 - Positive Bilder für Köln
Gemeinsam friedlich und fröhlich feiern am Dom
AN/1493/2017
- 6.3 Projekt "Einführung von Nachhaltigkeitshaushalten"
3066/2017

7 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018

- 7.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 (Vorlage 3023/2017)
AN/1514/2017
- 7.1.2 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich mittelfristiger Finanzplanung bis 2021, 2023/2017 - Begleitbeschluss
AN/1512/2017

- 7.1.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Verwendung der Mittel aus Sonderauskehrung und Umlagereduzierung des LVR 2017
AN/1515/2017
- 7.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Verwendung der Kulturförderabgabe 2018
AN/1516/2017
- 7.1.5 Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke betreffend Wohnen, Verkehr, Geflüchtete, Bildung - Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2018
AN/1511/2017
- 7.1.6 Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend Haushaltsjahr 2018, Politischer Veränderungsnachweis
AN/1522/2017
- 7.1.7 Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend Haushaltsjahr 2018, Kulturförderabgabe
AN/1521/2017

II. Im Anschluss legt der Finanzausschuss die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018**
- 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 In die Hpl.-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 4.1 Armutfolgen abmildern - Köln-Pass ausweiten
AN/0512/2017
 - 4.2 Reinigung in Schulen verbessern
AN/1266/2017

5 In die Hpl.-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen

- 5.1 Bedarfsfeststellung für die Durchführung eines Vergabeverfahrens über die Mahd und Pflege des Straßenbegleitgrüns in den Außenbezirken.
4009/2016

6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

- 6.1 Gesetzentwurf des Landes "Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen"
3107/2017
- 6.2 Silvesterprogramm in der Umgebung des Kölner Doms / Multimediaprojektion und Bühnenprogramm
3044/2017
- 6.2.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Die Linke betreffend Silvester 2017 - Positive Bilder für Köln
Gemeinsam friedlich und fröhlich feiern am Dom
AN/1493/2017
- 6.3 Projekt "Einführung von Nachhaltigkeitshaushalten"
3066/2017

7 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018

- 7.1 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021
3023/2017
- 7.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 (Vorlage 3023/2017)
AN/1514/2017
- 7.1.2 AN/1512/2017
Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018
einschließlich mittelfristiger Finanzplanung bis 2021, 2023/2017 - Begleitbeschluss
- 7.1.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Verwendung der Mittel aus Sonderauskehrung und Umlagereduzierung des LVR 2017
AN/1515/2017

- 7.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Verwendung der Kulturförderabgabe 2018
AN/1516/2017
- 7.1.5 Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke betreffend Wohnen, Verkehr, Geflüchtete, Bildung - Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2018
AN/1511/2017
- 7.1.6 Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend Haushaltsjahr 2018, Politischer Veränderungsnachweis
AN/1522/2017
- 7.1.7 Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend Haushaltsjahr 2018, Kulturförderabgabe
AN/1521/2017

8 Stellenpläne

- 8.1 Stellenplan für das Jahr 2018 (incl. Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln)
2834/2017
- 8.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Stellenplan für das Jahr 2018
AN/1513/2017
- 8.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2018
2847/2017
- 8.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2018
2900/2017
- 8.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2018
2915/2017

9 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018**
- 2 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3 **Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 **In die Hpl.-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4.1 **Armutsfolgen abmildern - Köln-Pass ausweiten
AN/0512/2017**

Ratsmitglied Detjen bedankt sich für die Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich des gestellten Antrages den Köln-Pass auszuweiten.

Die Zahlen seien seines Erachtens zu hoch angesetzt, dennoch können sie als Diskussionsgrundlage dienen.

Ratsmitglied Frank kritisiert den Antrag, da für die Mehraufwendungen keine Refinanzierung angeboten werde. Dies sei ein häufig wiederkehrendes Problem bei Anträgen der Fraktion von Die Linke. Dies bestätige seinen Eindruck, dass Die Linke nicht haushaltsbündnisfähig sei.

Der Köln-Pass sei bereits in 2009 ausgeweitet worden, um einen größeren Anteil der bedürftigen Haushalte zu erreichen. Seitdem haben nicht nur Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen Anspruch auf den Köln-Pass, sondern auch Haushalte die über diesen Einkommensgrenzen liegen. Dies habe sich seitdem bewährt und sollte in der Ausgestaltung beibehalten werden, um den Köln-Pass auch im Angesicht einer schwierigen Haushaltsslage erhalten zu können.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt den Berechtigtenkreis für den Köln-Pass von bisher maximal 130 % auf 140 % der Sozialhilfe oder der jeweiligen Regelbedarfsstufe des ALG II zu erweitern. Somit haben künftig alle Kölnerinnen und Kölner mit einem Haushaltseinkommen (Erwerbs- und Renteneinkommen), das maximal 40 % über der Sozialhilfe oder der jeweiligen Regelbedarfsstufe des ALG II zzgl. der individuellen Miete liegt, Anspruch auf einen Köln-Pass. Davon werden insbesondere Geringverdiener profitieren.
2. Die Werbung für den Köln-Pass muss intensiviert werden. Dazu sollen die Mitarbeiter in JobCentern, Job-Börsen und Meldehallen die Köln-Pass-Berechtigten bei der Beantragung des Köln-Passes unterstützen. Ebenso soll in Kitas, zertifizierten Familienzentren, Bürgerzentren, Schulen,

Stadtteilbibliotheken und geeigneten öffentlichen Einrichtungen eine zielgruppengerechte Ansprache erfolgen, um verstärkt für den Köln-Pass zu werben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimmen der Fraktionen von SPD und Die Linke – abgelehnt.

**4.2 Reinigung in Schulen verbessern
AN/1266/2017**

Ratsmitglied Frank konstatiert, dass die von der SPD-Fraktion eingebrachten Vorschläge in diesem Antrag grundsätzlich richtig seien. Aus diesem Grund finden sich diese Ideen in den Veränderungsanträgen des Haushaltsbündnisses zum Haushalt 2018 wieder und seien gegenfinanziert.

Beschluss:

1. Auch auf Grund erheblich höherer Schülerzahlen und stärkerer Auslastung unserer Schulen ist es erforderlich, die Reinigungsqualität in Kölner Schulen insgesamt zu verbessern. Der Ausschuss Schule unter Weiterbildung beauftragt die Verwaltung daher in einem ersten Schritt, das Reinigungsintervall für die Sanitärbereiche an Kölner Schulen von einmal auf zweimal täglich zu erhöhen.
2. Weitere erforderliche Anpassungen der Reinigungsleistungen sind im Folgenden durch die Verwaltung zu prüfen und mit dem Ziel eines einheitlichen Beschwerdemanagements auszuwerten. Die Verwaltung wird dazu beauftragt, sicherzustellen, dass künftig die bei unterschiedlichen Stellen in der Verwaltung eingehenden Beschwerden der Schulen auf weitere systemische Mängel im Reinigungssystem der Schulen untersucht und durch entsprechende Maßnahmen behoben werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimmen der Fraktionen von SPD und Die Linke - abgelehnt.

5 In die Hpl.-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen

**5.1 Bedarfsfeststellung für die Durchführung eines Vergabeverfahrens über die Mahd und Pflege des Straßenbegleitgrüns in den Außenbezirken.
4009/2016**

Ratsmitglied Detjen weist auf den Einwand des Rechnungsprüfungsamtes hin, dass der Einsatz eigenen Personals zur Pflege des Straßenbegleitgrüns gegebenenfalls preisgünstiger sei. Er bittet die Verwaltung um diesbezügliche Stellungnahme, da er eine personelle Aufstockung des Grünflächenamtes präferiere, um derartige externe Auftragsvergaben zu vermeiden.

Ratsmitglied Frank kann den Einwänden von Ratsmitglied Detjen nicht folgen. Die Wichtigkeit dieser Aufgabe erkenne er ebenfalls, allerdings seien weitere Stellen für

das Grünflächenamt nicht ohne Weiteres zeitnah zu besetzen.
Die Mittelbereitstellung für die Pflege des Straßenbegleitgrüns stelle die diesbezügliche Aufgabenwahrnehmung des Grünflächenamtes für das Haushaltsjahr 2018 sicher.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat erkennt den Bedarf für das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen an und beauftragt die Verwaltung, ein Vergabeverfahren über die Mahd und Pflege der ausgewählten Flächen der Außenbezirke im Straßenbegleitgrün durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimmen der Fraktion von Die Linke - zugestimmt.

6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

6.1 Gesetzentwurf des Landes "Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen" 3107/2017

Frau Stadtkämmerin Klug konstatiert, dass die Stadt Köln für die Kindergartenjahre 2016/2017 sowie 2018/2019 mit Zuschüssen in Höhe von ca. 40 Mio. Euro berücksichtigt werde. Dieser Betrag werde noch im Jahr 2017 vom Land überwiesen. Dieser Zuschuss teile sich auf in 25 Mio. Euro für Einrichtungen, welche durch freie Träger geführt werden und 15 Mio. Euro für städtische Einrichtungen. Während der Anteil für die freien Träger noch in 2017 weitergeleitet werde, teilt sich der Anteil des Zuschusses zu städtischen Einrichtungen wie folgt ertragswirksam auf:

- 2017/ 2018: 3,1 Mio Euro
- 2018/ 2019: 7,5 Mio Euro
- 2019/ 2020: 4,4 Mio Euro

Dies zeige das deutliche Auseinanderfallen der liquiditätsmäßigen Effekte auf die unterschiedlichen Haushaltsjahre.

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 Silvesterprogramm in der Umgebung des Kölner Doms / Multimediaprojektion und Bühnenprogramm 3044/2017

6.2.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Die Linke betreffend Silvester 2017 - Positive Bilder für Köln Gemeinsam friedlich und fröhlich feiern am Dom AN/1493/2017

Ratsmitglied Krupp macht deutlich, dass die Sicherheit am Kölner Dom zu den Silvesterfeierlichkeiten im Fokus stehe. Diese Sicherheit könne allerdings nicht nur durch

Repression, sondern vielmehr auch durch Prävention sichergestellt werden. Aus diesem Grund gebe es einen Antrag der SPD-Fraktion, welcher für ein Beibehalten der Polizeistärke aus dem Vorjahr votiere. Dies müsse allerdings um Sozialarbeiter, Street Worker und Dolmetscher ergänzt werden, damit am Hauptbahnhof Köln aufgehaltene Gruppen betreut werden können. Diesen Bedarf könne er im Konzept der Verwaltung nicht erkennen. Die Installation von weiteren Scheinwerfern zur Aufhellung des Veranstaltungsortes alleine werde nicht dem kommunalen Auftrag gerecht.

Da Auswertungen der Silvesterfeierlichkeiten 2016/2017 ergeben haben, dass die Betroffenen über ihre individuellen Kommunikationskanäle nicht von dem erhöhten Polizeiaufgebot sowie den daraus resultierenden Einschränkungen in Köln erfahren habe, ist eine Optimierung der interkommunalen Kommunikation vonnöten.

Dies könne gegebenenfalls zu einer Verminderung der Problematiken aus dem Vorjahr führen.

Ratsmitglied Detjen macht deutlich, dass ein Konzept der Ausgrenzung nicht zielführend sei. Vielmehr bedürfe es einem Konzept der Integration. Auswertungen zu Silvester 2016/2017 hätten gezeigt, dass es sich bei dem betroffenen Personenkreis oftmals um Kleingruppen gehandelt habe, welche völlig losgelöst voneinander in Köln feiern gehen wollten. Die Einrichtung einer Schutzzone führe zur Ausgrenzung dieser Personen und somit auch zur Langeweile. Er finde es traurig, dass eine Fraktion wie Bündnis 90/ Die Grünen sich bereit erklären konnte, eine solche Vorlage voller Repressionen mitzutragen.

Somit könne seine Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen.

Ratsmitglied Frank kann die Kritik an der Verwaltungsvorlage nicht nachvollziehen. Dies sei innerhalb der letzten Monate erarbeitet worden und in sich schlüssig. Änderungswünsche hätten von den anderen Fraktionen früher kommuniziert werden müssen. Weitere Überlegungen für eine bessere Ausgestaltung halte er allenfalls für Silvester 2018/2019 gegeben.

Die Stadt Köln befinde sich seit den Vorfällen der letzten Jahre in einer Sondersituation. Dies rechtfertige jedoch nicht aus Silvester in Köln ein Großevent zu machen, welches in überproportionalem Maße für Unterhaltung Sorge. Dies widerspreche auch dem grundsätzlichen Verständnis dieses Sicherheitskonzeptes.

Zudem bleibe festzuhalten, dass die von seinen Vorrednern zitierten Analysen zu Silvester 2016/2017 noch nicht abschließend seien. Aus diesem Grund gebe es aktuell auch noch keine abschließende Auswertung der Polizei hinsichtlich Silvester 2017/2018.

Die Verwaltung verhalte sich demnach richtig, wenn sie das erfolgreiche Sicherheitskonzept des Vorjahres auf die nächste Silvesterfeier ausweite. Eine Ausgrenzung sei darin nicht zu erkennen.

Ratsmitglied Petelkau gibt seinem Vorredner Recht und verweist auf die weiteren Inhalte der Verwaltungsvorlage. Auch ohne die Einrichtung eines Großevents sei es möglich im Domumfeld im Rahmen der Silvesterfeierlichkeiten einen Ort der Begegnung zu schaffen. Dies widerspreche dem Sicherheitskonzept nicht und habe bereits in den Vorjahren sehr erfolgreich durchgeführt werden können.

Das neue Sicherheitskonzept stelle eine Fortschreibung des Konzepts aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre dar und sei absolut angemessen. Auch er erkenne bei den Planungen keine Ausgrenzung.

Ratsmitglied Detjen widerspricht Ratsmitglied Petelkau, da die Kölner Planungen für Silvester 2016/2017 nicht erfolgreich gewesen seien. Dies begründe sich in Hunderten von Flüchtlingen, welche an Silvester mit den Kölner Bürgerinnen und Bürgern feiern wollten, allerdings aufgrund der Einschränkungen der eingerichteten Schutzzone daran gehindert wurden. Hier fehle es an einem ganzheitlichen Integrationskonzept.

Ratsmitglied Breite betont, dass am letzten Silvester keine Frau in der Domumgebung sexuell bedrängt worden sei. Somit sei der Einsatz des viel diskutierten Sicherheitskonzeptes auf jeden Fall als erfolgreich anzusehen. Angesichts der Vorfälle vor zwei Jahren halte er ein Integrationskonzept für zweitrangig. Viel wichtiger sei es, dass die Feierlichkeiten in einem sicheren Raum stattfinden, in dem sich solche Vorkommnisse nicht noch einmal wiederholen.

Ratsmitglied Petelkau wirft Ratsmitglied Detjen vor, verschiedene Aspekte dieser Diskussion zu vermischen. Bezogen auf das Thema Sicherheit sei zu betonen, dass die originäre Sicherheit für den öffentlichen Raum nicht bei der Stadt Köln liege, sondern bei der Polizei. Während die Polizei das Sicherheitskonzept zu erstellen habe, müsse die Stadt Köln Beistellleistungen durch das Ordnungsamt erbringen.

Das geplante kulturelle Rahmenprogramm sei keinesfalls ausgrenzend. Die Kritik an diesem Programm sei absolut haltlos.

Ratsmitglied Krupp widerspricht der Aussage von Ratsmitglied Petelkau, dass die Polizei ausschließlich für die Sicherheit des öffentlichen Raums zuständig sei. Die Stadt Köln in ihrer Funktion als Ordnungsbehörde erhalte gemäß dem Ordnungsbehörden-gesetz NRW Vollzugshilfe von der Polizei. Eine Unterstützung der Polizei am Hauptbahnhof mit Streetworkern und Dolmetschern halte er für somit unabdingbar.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor zuerst über den aus dem Hauptausschuss verwiesenen Antrag der Fraktionen von SPD und Die Linke zu entscheiden.

Beschluss über Änderungsantrag AN/1493/2017:

1. Das bisher geplante kulturelle Programm muss deutlich attraktiviert, erweitert und geöffnet werden.
Es soll ein Angebot geschaffen werden und sich an den Ideen von Birlikte zu orientieren: Zusammenstehen, Zusammenleben, Zusammen reden.
Die Kölnerinnen und Kölner sollen – zusammen mit Besuchern aus dem Umland – sich ihre Plätze zurückerobern und den entsetzlichen Ereignissen zu Silvester 2015 ein gutes, fröhliches, buntes und weltoffenes Zeichen entgegenhalten.
2. Dafür müssen auskömmliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um auch namhafte Künstler verpflichten zu können.
3. Ein Platzkonzept muss mit der Polizei zusammen erarbeitet werden. Neben dem Roncalliplatz und dem Bahnhofsvorplatz sollen weitere Plätze in Betracht gezogen werden.
4. Die Stadt Köln geht in Abstimmung mit der Kölner Polizei aktiv auf die Kommunen der erweiterten Nachbarschaft (Rheinland, Ruhrgebiet, etc.) zu, um dort lebende Flüchtlinge im Vorfeld von Silvester auf die zu erwartenden Rahmenbedingungen hinzuweisen und für entsprechende Verhaltensweisen zu gewinnen.

nen.

5. Die Stadt Köln setzt in der Silvesternacht verstärkt Streetworker und Sozialarbeiter ein, welche von Sprachmittlern unterstützt und begleitet werden. Diese sollen vor allem in und um den Hauptbahnhof zum Einsatz kommen, um die ankommenden Kleingruppen anzusprechen und auf Veranstaltungen sowie Verhaltensregeln hinzuweisen.
6. In Planung und Durchführung der Silvesteraktivitäten werden der Kölner Integrationsrat, der Kölner Flüchtlingsrat sowie die in der Flüchtlingshilfe aktiven NGOs und Träger der freien Wohlfahrtspflege einbezogen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimmen der Fraktionen von SPD und Die Linke – abgelehnt.

Beschluss über den Verwaltungsvorschlag:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt gem. § 60 Abs.1 Satz 1 der Gemeindeordnung NW der Realisierung des Multimedia-Projekts der Illuminationsmanufaktur Panirama GmbH an Silvester 2017 mit Gesamtaufwendungen i. H. v. 212.000 € zu.

Hierzu beschließt der Rat folgende zahlungswirksame überplanmäßige Aufwendungen:

162.000 € im Teilergebnisplan 0111,
Sonstige Innere Verwaltung, bei Teilplanzeile 13,
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

50.000 € im Teilergebnisplan 0111,
sonstige Innere Verwaltung, bei Teilplanzeile 16,
Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Deckung vorgenannter Mehraufwendungen i. H. v. 212.000 € erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601, bei Teilplanzeile 20, Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimmen der Fraktionen von SPD und Die Linke - zugestimmt.

**6.3 Projekt "Einführung von Nachhaltigkeitshaushalten"
3066/2017**

Ratsmitglied Detjen bittet die Vorlage bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses zurückzustellen.

Beschluss:

Die Mitteilung wird bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses zurückgestellt.

- 7 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018**
- 7.1 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 3023/2017**
- 7.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 (Vorlage 3023/2017) AN/1514/2017**
- 7.1.2 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich mittelfristiger Finanzplanung bis 2021, 2023/2017 - Begleitbeschluss AN/1512/2017**
- 7.1.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Verwendung der Mittel aus Sonderauskehrung und Umlagereduzierung des LVR 2017 AN/1515/2017**
- 7.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Verwendung der Kulturförderabgabe 2018 AN/1516/2017**
- 7.1.5 Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke betreffend Wohnen, Verkehr, Geflüchtete, Bildung - Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2018 AN/1511/2017**
- 7.1.6 Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend Haushaltsjahr 2018, Politischer Veränderungsnachweis AN/1522/2017**
- 7.1.7 Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend Haushaltsjahr 2018, Kulturförderabgabe AN/1521/2017**

Ratsmitglied Petelkau bedankt sich eingangs bei der Verwaltung für die bemerkenswerte Leistung bei der Haushaltserstellung für das Haushaltsjahr 2018. Erstmals seit langer Zeit habe die Verwaltung es geschafft einen Haushalt fristgerecht einzubringen. Sollte der Zeitplan sich weiter wie erhofft gestalten, könne dieser Haushalt noch im selben Jahr beschlossen werden. Dies sei ein sehr hohes Gut für all jene, welche Leistungen aus diesem Haushalt bekommen und somit für das Haushaltsjahr frühzeitig eine hohe Planungssicherheit haben. Des Weiteren habe die Vorbereitung dieses Haushalts gezeigt, dass die Stadt Köln in ihren Bemühungen einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erlangen ein gutes Stück weitergekommen sei und der Entwurf dabei ohne Steuererhöhungen und pauschale Kürzungen auskomme. Dies habe in der Vergangenheit immer wieder zu großen Verwerfungen geführt.

Dennoch hat das haushaltsgestaltende Bündnis einige Schwerpunkte setzen wollen, auch weil der Landschaftsverband im Rahmen einer Sonderauskehrung ca. 34 Mio. Euro zurückerstattet habe, was einen größeren finanziellen Spielraum zur Folge habe. Während die Hälfte dieser Mittel zur Konsolidierung genutzt werde, präferiere das Haushaltsbündnis für die andere Hälfte eine Verwendung der Mittel zur Umsetzung kurzfristiger Maßnahmen und damit einer Setzung von Akzenten.

Zudem werde der LVR am heutigen Tag einen Nachtragshaushalt einbringen, aus dem sich weitere finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten für die Stadt Köln ergeben. Die zu setzenden Akzente seien für die CDU Themenbereiche, welche die Stadt und das Zusammenleben in Köln weiter vorantreiben. Dabei stelle das Thema Wirtschaft und Digitalisierung einen wichtigen Schwerpunkt dar. Dafür solle die Wirtschaftsförderung nicht nur strukturell umgebaut, sondern auch mit höheren finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Gleiches gelte für Köln-Tourismus, um die Marke der Stadt weiter zu stärken.

Zur Stärkung der Digitalisierung seien der weitere Ausbau des kostenlosen W-Lans sowie der Ausbau der digitalisierten Stadtverwaltung geplant. Dies habe nicht nur Vorteile für die Beschäftigten der Verwaltung, sondern bedeute auch unmittelbare Vorteile für alle Bürgerinnen und Bürger.

Da im Bereich der Wirtschaftsförderung kreatives Denken und Handeln gefördert werden solle, stelle das Haushaltsbündnis Mittel für die Ausgestaltung eines Kreativ-Hauses zur Begleitung der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der Stadt Köln bereit.

Neben diesem Thema sei es dem Haushaltsbündnis ein besonderes Anliegen den Bereich Sport weiter zu stärken. Dieser habe in der Vergangenheit einen großen Beitrag zur Integration innerhalb der Kölner Stadtgesellschaft geleistet. Hier werde die Hallennutzungsgebühr bei Turnhallen und Schwimmbädern für Sportvereine weitestgehend ausgesetzt. Zudem gebe es mehr Mittel für die Unterhaltung und Pflege sowie den Neubau von Kunstrasenplätzen. Um das Ehrenamt weiter zu stärken, solle dieser Bereich ebenfalls weiter ausgebaut und finanziell unterstützt werden.

Einen großen Bedarf an Verbesserungen gebe es im Bereich der Schullandschaft. Ein erster Ansatz sei die geplante Stärkung der Übermittagsbetreuung sowie der offenen Ganztagschule. Zudem sei eine bessere Ausstattung der Schulen mit Sportgeräten erforderlich. Aufgrund des derzeit viel diskutierten Themas der mangelnden Reinigung der Kölner Schulen werde es auch für dieses Problem eine Mittelzusetzung im Haushalt geben.

Ein weiterer Bedarf stelle für das Haushaltsbündnis die Pflege des öffentlichen Straßenbegleitgrüns sowie die Problematik der zahlreichen Straßensanierungen dar. Dafür werden mit den Änderungsanträgen sowohl die notwendigen Stellen als auch die Finanzmittel zugesetzt.

Zwar sei man sich über die Notwendigkeit von Konsolidierungsmaßnahmen bewusst, dennoch sei es dringend notwendig für die Stadt Köln Akzente zur Weiterentwicklung zu setzen. Mit dem vorgelegten Änderungsantrag könne ein deutlich positives und kraftvolles Zeichen für die Stadt Köln gesetzt werden.

Ratsmitglied Frank zeigt sich ebenfalls erfreut über die erstmalig so frühe Haushalts-einbringung. Dieses Ziel sei bereits Ende 2016 vom Rat beschlossen worden und die Umsetzung sei der Verwaltung zu verdanken.

Der Haushaltsentwurf der Verwaltung sowie die Änderungsanträge des haushalts-gestaltenden Bündnisses gebe eine Richtung vor, die ihren Anfang bereits in den ersten Planungen 2016 habe. Diese Richtung beinhalte unter anderem die Bemühung Steuererhöhungen jeglicher Art zu vermeiden, um der regionalen Wirtschaft stabile Ver-hältnisse zu ermöglichen. Zudem entwickle sich beispielsweise die Gewerbesteuer auch ohne eine Erhöhung weiter positiv und entlaste den Haushalt weitreichend. Ein weiterer wichtiger Faktor sei, dass die Entnahmekquote erneut reduziert wurde. Mit aktuell 2,9% stehe man gut da, auch wenn das harte Haushaltsjahr 2019 mit deutlich kleineren Spielräumen noch bevorstehe. Mittelfristig sei es unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Haushalts unumgänglich die Ziele zur Konsolidierung zu erreichen. Aus diesem Grund seien alle Änderungen der Verwaltungsvorlage ohne Ausweitung des Ergebnisplans voll gedeckt. Er gehe davon aus, dass der so gestaltete Haushalt 2018 aus diesem Grund auch genehmigungsfähig sei.

Für das Haushaltsbündnis sei es von großer Bedeutung, dass es keine gravierenden Einschnitte in den Bereichen Jugend, Soziales und Schulen gebe, da dies für die Zu-kunft der Stadt Köln kontraproduktiv sei und das kommunale soziale Netz anderenfalls destabilisiert werden könnte. Dem wurde im Rahmen der Änderungsanträge, sofern es möglich gewesen sei, entgegengewirkt.

Zur finanziellen Deckung dieser Pläne werde die Sonderauskehrung des LVR aus dem Haushaltsjahr 2017 herangezogen, woraus lediglich Einmalmaßnahmen finan-ziert werden.

Er begrüße die weiteren Bemühungen zum Umwelt- und Klimaschutz im Rahmen der Realisierung eines verbesserten Mobilitätsmixes. Aus diesem Grund finden sich auch vermehrt finanzielle Mittel für Radwege und Radstationen sowie ein Klimaschutzfonds im Haushalt 2018 wieder.

Ein weiterer Schwerpunkt sei der Bereich Bildung und Schule. Neben der Stärkung der offenen Ganztagschule und der Übermittagsbetreuung werde auch eine verbes-serte Reinigung der öffentlichen Gebäude in Angriff genommen. An dieser Stelle be-stehe erhebliches Nachbesserungspotential um die Standards zu erhöhen.

In den Bereichen Soziales und Integration habe das Haushaltsbündnis neben der wei-teren Unterstützung für humanitäre Hilfe die freien Träger und das Ehrenamt weiter gestärkt.

Darüber hinaus finden sich im Haushalt 2018 viele Maßnahmen zum Erhalt und der Pflege der Infrastruktur sowie der Grünflächen. Das Entgegenwirken gegen den Ver-fall sei zum Vermögenserhalt unabdingbar.

Im Kulturbereich zeigt er sich erfreut, dass durch den Änderungsantrag ausreichend Mittel bereitstehen, um die Orangerie vollständig zu sanieren. Die diesbezüglichen Pläne der Verwaltung seien nicht schnell genug umsetzbar gewesen, um für diese beliebte Veranstaltungsstätte einen vernünftigen Standard zu gewährleisten.

Im Rahmen der Digitalisierung begrüßt er die Ausweitung des städtischen W-Lans sowie die Einrichtung des von Ratsmitglied Petelkau angesprochenen Kreativ-

Hauses. Dies könne von einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft betrieben werden und sich als feste Adresse der Kölner Gründerszene und der Start-Ups etablieren. Die Kulturförderabgabe sei erneut in Teilbereichen zur Deckung einzelner Maßnahmen verwendet worden. Hier finden sich oftmals Fortschreibungen laufender Projekte, wie beispielsweise die Busbibliothek oder der Medienetat wieder.

Der Zuschuss für die Akademie der Künste habe das Haushaltsbündnis zwar fortgeschrieben, allerdings nur noch in einer Höhe von 600.000 Euro pro Jahr. Dies sei für die kommenden Jahre auskömmlich, auch wenn die Akademie sich in Zukunft neu aufstellen müsse.

Das Stadtklima-/ Stadtverschönerungsprogramm werde in seiner bisherigen Form beibehalten werden. Dabei wurden die Mittelzusetzungen aus 2016/2017 für die Bezirke im Haushaltsjahr 2018 fortgeschrieben.

Er konstatiert, dass die Stadt Köln trotz aller Konsolidierungsbemühungen strukturell unterfinanziert sei. Um dieses Problem zu lösen, bedürfe es insbesondere auch der Bemühungen der neuen Landesregierung sowie der noch nicht bekannten Bundesregierung.

Ratsmitglied Breite bedankt sich bei der Verwaltung für die zeitlich deutlich optimierte Einbringung des Haushaltes, da dies seit jeher eine Forderung der FDP-Fraktion gewesen sei.

Er äußert die Überzeugung, dass die Stadt Köln im digitalen Zeitalter ankommen müsse. Aus diesem Grund sei er überaus erfreut, dass die Bedienstationen in den Kundenzentren optimiert werden und es zur Einführung weiterer Online-Verfahren für Bürger und Unternehmen komme.

Auch der Aufbau eines integrierten stadtweiten Datenmanagements, der Ausbau des stadtweiten W-Lans sowie die Digitalisierung von Verwaltungsverfahren zeigen, dass das haushaltsgestaltende Bündnis den richtigen Weg einschläge.

Er betont, dass die Stadt Köln ihrem Anspruch als Sportstadt gerecht werden müsse und zeigt sich aufgrund dessen erfreut, dass die Hallengebühren vom haushaltsgestaltenden Bündnis endlich abgeschafft werden. Dieser Schritt sei längst überfällig gewesen und bedeute einen guten Tag für den Kölner Sport und die Kölner Sportvereine. Da der Bedarf der Sportvereine im Bereich der Kunstrasenplätze derzeit nicht befriedigt werden könne, begrüße er zudem die diesbezügliche Mittel- und Stellenzusetzung. Um zukünftig zu wissen, wo sämtliche Sportanlagen innerhalb des Stadtgebietes verortet und in welchem Zustand diese seien, werde ein Sportanlagenkataster angelegt. Diese Dokumentation halte er für wichtig, um künftige Handlungsbedarfe erkennen zu können. Im Rahmen der Unterstützung der Sportvereine halte er unter Gesichtspunkten der Sportentwicklungsplanung einen Zuschuss für die Baubehilfe für unerlässlich.

Zusätzlich zu den vorgenannten Aspekten sei zu betonen, dass die Stadt Köln die Pflicht habe auf den demografischen Wandel zu reagieren und Sportangebote für Kölnerinnen und Kölner ab dem 60. Lebensjahr zu schaffen. Hierzu präferiere er unter anderem die Einführung einer Seniorenpauschale. Dies könne auch die Sportvereine zusätzlich motivieren.

Ein besonderes Anliegen sei ihm, dass die Stadt Köln in punkto Sauberkeit Vorbild sein müsse. Die Einsparung im Bereich der Reinigung von öffentlichen Gebäuden konnte er noch nie nachvollziehen. Diese passe nicht zu dem eigenen Anspruch einer Millionenstadt in Deutschland. Aus diesem Grund begrüße er ausdrücklich die Mittelzusetzung mit dem Ziel diesem Missstand ein Ende zu setzen. Dies betreffe auch das Thema der Sauberkeit sowie der Ausstattung von Schultoiletten. Auch in diesem Be-

reich habe sich das Haushaltsbündnis entschlossen die notwendigen Mittel zur Lösung der aktuellen Problemlage bereitzustellen.

Damit die Stadt Köln ihre Stärken im Bereich der Start-Ups für Spieleentwicklungen weiter stärken, begrüße er die Mittelzusage für die GamesHub.

Die Mittelkürzungen für die Akademie der Künste begründet er mit der Notwendigkeit, dass diese sich neu aufstellen müsse. Diese dadurch verfügbaren Mittel seien im Gegenzug der freien Szene direkt zur Verfügung gestellt worden.

Abschließend bleibe festzuhalten, dass sich die FDP-Fraktion in den Änderungsanträgen wiederfinden könne.

Ratsmitglied Zimmermann zeigt sich erfreut über die Zusammenarbeit der Ratsgruppe GUT innerhalb des haushaltsgestaltenden Bündnisses. Er begrüße ausdrücklich, dass die Hälfte der LVR-Sonderauskehrung für Konsolidierungszwecke genutzt werde.

Auch wenn er sich prinzipiell einen höheren Anteil hätte vorstellen können, zeige dies eine nachhaltige Finanzplanung. In den Haushalt habe sich GUT mit einigen kleineren Projekten eingebracht, wie unter anderem das Projekt „Radeln ohne Alter“. Dies ermögliche auch den älteren Kölnerinnen und Kölner die Möglichkeit sich wieder mit dem Rad durch die Stadt bewegen zu können. Zusätzlich solle es ein Projekt zur Luftreinhalteplanung geben, welches auch die Unterstützung des Kaufs von Lastenrädern speziell für Gewerbetreibende beinhalte.

Des Weiteren befürworte er den Kauf von Gesundheitsdaten um Erhebungen hinsichtlich der Lage der Erkrankten innerhalb des Stadtgebietes ermöglichen zu können. Aus diesen lasse sich die Erkenntnis ableiten, ob beispielsweise soziale oder infrastrukturelle Faktoren ursächlich für diese Erkrankungen seien.

Dank des Haushaltsbündnisses gebe es auch eine Stellenzusage im Bereich der Spielplatzplanungen, da in der jüngsten Vergangenheit oftmals bereitgestellte Finanzmittel aufgrund mangelnder personeller Ressourcen nicht genutzt werden konnten.

Um das Demokratieverständnis bei der nächsten Generation zu fördern, solle es ein Projekt „Demokratie in Schulen“ geben.

Weitere Projekte seien die Förderung von Kleinfestivals sowie die Einrichtung weiterer Zählstellen im Verkehrsbereich, um Evaluationen zu den Entwicklungen auf den Kölner Straßen erheben zu können.

Da er Kunstrasenplätze unter ökologischen Gesichtspunkten kritisiere, habe er Bedenken hinsichtlich deren Förderung gehabt. Er sei aber zuversichtlich, dass für dieses Problem eine ökologisch bessere Lösung gefunden werden könne.

Seines Erachtens trage dieser Haushalt mit den Änderungen des Haushaltsbündnisses dem Wunsch nach einer „Stadt für Alle“ Rechnung.

Der Ausschussvorsitzende gibt Ratsmitglied Frank bezüglich der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen im Allgemeinen und der Stadt Köln im Besonderen Recht. Dieses Thema müsse überparteilich sowohl auf Landes-, als auch auf Bundesebene weiter angegangen werden. Hier sehe er pessimistisch dem Handeln der neuen Landesregierung entgegen, welche schon kundgetan habe die ländlichen Gebiete zulasten der Ballungsgebiete zu bevorzugen. Dies bedeute ein Risiko die ohnehin schon strukturelle Unterfinanzierung der Stadt Köln noch weiter zu verschärfen.

Die Einbringung des Haushalts sei, wie die Stadtkämmerin schon festgestellt habe, noch nicht optimal verlaufen. Für das nächste Jahr werde dringend ein besseres Beratungsverfahren der Gremien benötigt. Nichtsdestotrotz sei die Leistung der Haus-

haltserstellung absolut anerkennungswürdig, so dass er sich ebenfalls bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken möchte.

Die Handlungsweise des haushaltsgestaltenden Bündnisses müsse insofern kritisiert werden, als dass keine stringente Linie erkennbar sei. Bisher sei immer propagiert worden, dass Mehrerträge vollständig zur Konsolidierung verwendet werden sollen. Dies widerspreche deutlich den vorliegenden Änderungsanträgen und der Nutzung der Sonderauskehrung des LVR. Für ein glaubwürdiges Auftreten hätten die Änderungsanträge durch echte Umschichtungen gedeckt sein müssen. Dieses Gebaren lasse Konsequenz und eine einheitliche Linie vermissen.

Insgesamt sei festzuhalten, dass dieser so geänderte Haushalt außer Eltern und Familien niemandem wehtue. Er wiederholt damit seine Kritik, dass die Befreiung der Kita-Beiträge vom Land nicht vollumfänglich an die Familien weitergegeben werde.

Die Änderungsanträge lesen sich sehr kleinteilig. Gefühlt würde jeder etwas bekommen, um alle Beteiligten zufriedenzustellen und wenigstens ein paar Menschen in dieser Stadt zu erreichen.

Ausdrücklich begrüßt er den Entschluss des Haushaltsbündnisses das Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm in seiner bisherigen Ausgestaltung fortzuführen. Dies war auch stets ein Anliegen der SPD-Fraktion.

Angesichts der Aussage von Ratsmitglied Frank, dass die Spielräume ab dem Haushaltsjahr 2019 deutlich kleiner werden und die Stadt Köln vor großen Herausforderungen stehe, frage er sich, wie diese Risiken denn im aktuellen Haushalt abgebildet seien. Denn insbesondere in den Bereichen Wohnen, Infrastrukturausbau und Bildung brauche es ein deutliches Statement, das der vorgelegte Haushalt mit seinen Änderungsanträgen nicht zeige.

Aufgrund dessen bleibe festzustellen, dass die Richtung des Haushaltsbündnisses nicht stimme und die Herausforderung einer wachsenden Stadt nicht verstanden worden sei.

Aus diesem Grund könne die SPD-Fraktion diesem Haushalt auch nicht zustimmen.

Ratsmitglied Detjen berichtet, dass die Fraktion Die Linke in den vergangenen zehn Jahren jedes Mal vor einer Haushaltseinbringung ein Treffen mit ca. 15 verschiedenen Initiativen veranstalte, um sich deren Belange anzuhören. Aus diesem Treffen könne zur Kenntnis genommen werden, dass mittlerweile eine größere Sicherheit hinsichtlich des Haushalts empfunden werde. Dies begründe sich auch darin, dass in den meisten Fällen keine Kürzung der Mittel vorgenommen werde. Offensichtlich befinde sich die Stadt Köln auf dem richtigen Weg.

Im Bereich der Wohnungspolitik sehe er allerdings noch Nachbesserungsbedarf. Die Fraktion von Die Linke wolle dabei nicht nur an die Stadt Köln denken, sondern habe auch den regionalen Bedarf im Fokus. Aus diesem Grunde präferiere er beispielsweise die Erhöhung der städtischen Anteile an einer Wohnungsbaugenossenschaft im Rhein-Erft-Kreis. Zusätzlich solle das Wohnungsamt mit dem Bau sozial geförderter Wohnungen beginnen und soziale Wohnungsbauprojekte im Allgemeinen vermehrt gefördert werden. Die Wohnungspolitik stelle für ihn den Schlüssel für die Gesamtentwicklung der Stadt Köln und einen langfristig soliden Haushalt dar. Insofern sei es fragwürdig, dass dieses Thema in den Änderungsanträgen des haushaltsgestaltenden Bündnisses keine größere Beachtung finde.

Ein weiteres Anliegen seiner Fraktion sei die finanzielle Förderung des öffentlichen Nahverkehrs sowie des Radverkehrs. Insbesondere im Radverkehr müsse eine Wende herbeigeführt werden, wofür die Durchführung kleinerer Projekte nicht ausreiche. Einen weiteren größeren Bedarf sehe er im Bereich der Flüchtlingsbetreuung. Aus

diesem Grunde spreche er sich für eine Mittelzusetzung für das interkulturelle Maßnahmenprogramm aus sowie die Förderung verschiedener ehrenamtlicher Initiativen in diesem Themenbereich.

Des Weiteren müsse die Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten wieder von 12 auf 18 Monate erhöht und der Tarifvertrag in diesem Bereich vollständig umgesetzt werden, auch wenn dies erhebliche Stellenzusetzungen mit sich bringe. Zusätzlich benötige es vermehrt Schulsozialarbeiter und eine Steigerung der Qualität der offenen Ganztagschule.

Neben den vorgenannten Themen stehe seine Fraktion für die Förderung zahlreicher kleinerer Projekte im Bereich Soziales sowie den Ausbau des Köln-Passes ein.

Eine weitere Forderung sei das Entgegenwirken gegen Aufgaben-Outsourcing. Aus diesem Grund werde gemäß dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes eine Stellenzusetzung im Grünflächenbereich notwendig.

Um diese ganzen Vorschläge zu finanzieren, präferiere die Fraktion von Die Linke eine Erhöhung der Gewerbesteuer. Dies bedeute im Gegensatz zu der Verwendung der Sonderauskehrung des LVR eine langfristige Sicherung der Finanzierbarkeit. Das haushaltsgestaltende Bündnis versuche über diese einmaligen Mittel kurzfristig Projekte zu initiieren in der Hoffnung, diese auch mittel- bis langfristig fortführen zu können. Ob dies allerdings tatsächlich gelinge, bleibe zu bezweifeln.

Ratsmitglied Wortmann bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung für die erbrachte Leistung. Er konstatiert, dass die Gruppe Freie Wähler Köln den Haushalt an sich nicht kritisch sehen, die Ereigniskette angesichts des vorangestellten Doppelhaushalts jedoch zu bemängeln sei. Er vermisse die klaren Hinweise auf die aktuelle Situation der Stadt Köln sowie das Bemühen zum Wiederaufbau von Vermögensanteilen.

Die von allen Seiten proklamierten Bemühungen zur Konsolidierung seien auch für die kommenden Haushaltsjahre nicht ausreichend erkennbar.

Aus diesem Grund werde sich die Ratsgruppe Freie Wähler Köln hinsichtlich des Haushalts 2018 in der Abstimmung enthalten.

Ratsmitglied Petelkau kritisiert Ratsmitglied Detjen für seine alljährliche Forderung nach einer Erhöhung der Gewerbesteuer. Er bittet ihn um die Kenntnisnahme, dass die Erhöhung von Steuersätzen zwar kurzfristige Effekte erzielen könne, dies aber im Nachgang zu einem niedrigeren Steueraufkommen führe, da dies bei betroffenen Unternehmen stets zu Vermeidungsstrategien führe.

Aufgrund dessen lehne das Haushaltsbündnis eine solche Strategie ab. Vielmehr liege der Fokus auf dem Ziel die Wachstumsstrategien zu verbessern und das Steueraufkommen dadurch und durch eine bessere Wirtschaftsförderung zu erhöhen.

Somit könne der Antrag der Fraktion von Die Linke nur abgelehnt werden.

Zum Thema Wohnungsbau bleibe darauf hinzuweisen, dass dieses bereits im Kernhaushalt der Verwaltung bestens abgedeckt sei, da dies auch als Schwerpunkt der Oberbürgermeisterin für den Haushalt formuliert worden sei. Hier ginge es jetzt vielmehr noch darum Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen und laufende Maßnahmen, wie beispielsweise das kooperative Baulandmodell, weiter voranzutreiben.

Für die sensiblen Bereiche habe das Haushaltsbündnis zusätzliche Stellen zugesetzt, um weitere Verfahren zu optimieren.

Frau Stadtkämmerin Klug konstatiert, dass sich die Stadt Köln weiterhin in einer strukturellen Unterfinanzierung befinde. Um diesem Problem entgegenzuwirken, benötige es die Unterstützung aller involvierten Personen. Die Stadt Köln habe ähnlich wie

München den Sonderstatus trotz dieser Größe kein Stadtstaat zu sein, was sich auf die Finanzierungsmöglichkeiten erheblich auswirke.

Entgegen der weitläufigen Erwartung befinde sich die konjunkturelle Entwicklung der Stadt Köln zwar auf einem guten Weg, sei jedoch kein Selbstläufer. Es sei unumgänglich die positiven Effekte einer guten Konjunktur zu analysieren und sich auch für schlechtere Phasen zunutze zu machen, um davon langfristig profitieren zu können.

Um dies erfolgreich zu bewältigen sei es unabdingbar die Risiken detailliert abzubilden. Dies betreffe nicht nur den Kernhaushalt, sondern auch den Bereich der Beteiligungsgesellschaften.

Beschluss gem. Änderungsantrag von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021:

Der erste Absatz des Beschlussvorschlags wird wie folgt ergänzt:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2018 gem. dem durch die vorliegenden Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung **sowie** unter Berücksichtigung der **aus der beigefügten Anlage ersichtlichen und den** vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimmen der Fraktionen von SPD und Die Linke - zugestimmt.

Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich mittelfristiger Finanzplanung bis 2021, 2023/2017 - Begleitbeschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung, 2023/2017, wird wie folgt ergänzt:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Verwaltung mit folgenden Begleitaufträgen zur Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Köln für das Jahr 2018 zu beauftragen:

1. Die weitere Planung und der Bau von Quartiersgaragen werden aus Stellplatzablöse-Mitteln finanziert. Die vereinnahmten Stellplatzablösemittel können nach Maßgabe des § 51 Abs. 6 der BauO NRW u.a. für die Herstellung zusätzlicher Parkeinrichtungen im Stadtgebiet verwendet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fach- und Finanzausschuss geeignete Vorschläge vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausbau der Beleuchtung des Rad- und Fußgängerwegs an der Luxemburger Str. bis zur Stadtgrenze Hürth sowie für die Wegeverbindung (Bürgersteig/ Fahrradweg) entlang der Straße am Baggerfeld zwischen Esch und Pesch umzusetzen.
3. Im Ankaufetat (TP 0108 – Liegenschaften) sind Mittel zum Erwerb nicht-rentierliche Flächen – z.B. im Rahmen städtebaulicher Entwicklungskonzepte – vorgesehen werden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fach- und Finanzausschuss einen entsprechenden Vorschlag im Haushaltsjahr 2018 vorzulegen.
4. Im öffentlichen Raum werden zunehmend wohnungslose EU-Bürger aus osteuropäischen Ländern vorgefunden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fach- und Finanzausschuss ein Umsetzungskonzept für geeignete niederschwellige Hilfe- und Interventionsmaßnahmen (z.B. Anlaufstellen, Sprachmittler, Sozial-

arbeiter, Streetworker) vorzulegen. Im Veränderungsvorschlag für den Hpl 2018 werden dafür 650 T€ im Teilplan 0504 unter dem Titel „Humanitäre Hilfen für Menschen aus Staaten der EU-Osterweiterung“ bereitgestellt.

5. KölnTourismus GmbH: der jährliche Betriebskostenzuschuss wird um einen Zuschuss für die durchschnittliche Tarifsteigerung in Höhe von 2% beim Personalaufwand erhöht. Für das Haushaltsjahr 2018 wird der Betrag bereits aus Mitteln der Sonderauskehrung (TP 1601) bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimme der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der SPD-Fraktion - zugestimmt.

Beschluss über den Gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Verwendung der Mittel aus Sonderauskehrung und Umlagereduzierung des LVR 2017:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 17.039.476 Euro für die in der Anlage LVR I aufgeführten Verwendungszwecke im Haushaltsjahr 2017. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Mehrerträge in Teilplan 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 2 (Zuwendungen und allg. Umlagen), durch die Sonderauskehrung des Landschaftsverbands Rheinland über die die Verwaltung in der Mitteilung 1057/2017 unterrichtet hat.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt zudem die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 340.000 Euro für die in der Anlage LVR II - konsumtiv - aufgeführten Verwendungszwecke im Haushaltsjahr 2017. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Mehrerträge im Teilplan 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 2 (s.o.), aufgrund der Umlagereduzierung des Landschaftsverbands Rheinland. Darüber hinaus beschließt der Rat der Stadt Köln eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 8.590.000 Euro für die in Anlage LVR II – investiv – aufgeführten Verwendungszwecke. Die Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplanplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen), in Höhe von 5.410.000 Euro sowie durch Mehrerträge im Teilfinanzplan 0108, Zentrale Liegenschaftsangelegenheiten, Teilplanzeile 2 (Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen) in Höhe von 2.480.000 Euro aus Mehrerträgen bei Grundstücksverkaufserlösen.
3. Die Freigabe der Mittel für die in den Anlagen aufgeführten Maßnahmen erfolgt durch Beschlüsse der jeweiligen Fach- sowie des Finanzausschusses.
4. Die Übertagung der jeweiligen Aufwands- bzw. Auszahlungsermächtigung in die folgenden Haushaltsjahre ist zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimmen der Fraktionen von SPD und Die Linke - zugestimmt.

Beschluss über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Verwendung der Kulturförderabgabe 2018:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Verwendung der Kulturförderabgabe 2018 gemäß dem Verwendungsvorschlag in der Anlage des gemeinsamen Änderungsantrages des haushaltsgestaltenden Bündnisses.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimme der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der SPD-Fraktion - zugestimmt.

Beschluss über den Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke betreffend Wohnen, Verkehr, Geflüchtete, Bildung - Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2018:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, den Haushaltsplan der Stadt Köln für 2018 mit den in der Anlage aufgeführten Zu- und Absetzungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimme der Fraktion Die Linke - abgelehnt.

Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend Haushaltsjahr 2018, Politischer Veränderungsnachweis:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2018 gem. dem durch die vorliegenden Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung **sowie** unter Berücksichtigung der **aus der beigefügten Anlage ersichtlichen und den** vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion von Die Linke – abgelehnt.

Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend Haushaltsjahr 2018, Kulturförderabgabe:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2018 gem. dem durch die vorliegenden Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung **sowie** unter Berücksichtigung der **aus der beigefügten Anlage ersichtlichen und den** vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion von Die Linke - abgelehnt.

Beschluss über die geänderte Vorlage:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2018 gem. dem durch die vorliegenden Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurf

der Verwaltung unter Berücksichtigung der vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Darüber hinaus empfiehlt der Finanzausschuss dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Unterjährig auftretende Verbesserungen dürfen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden. Sie sind – sofern sie nicht zur Deckung von Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen nach § 83 GO dienen – zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Substanzerhaltung zu verwenden.

Ausfallende Bundes- und/oder Landesmittel werden in Anbetracht der Haushaltssituation grundsätzlich nicht durch die Bereitstellung von städt. Mitteln ausgeglichen, da sich hierdurch die Sanierungsbedarfe für den Haushalt erhöhen würden.

Weiterhin fasst der Finanzausschuss im Zusammenhang mit den Hpl.-Beratungen folgende weitere Beschlüsse:

Der Finanzausschuss lehnt die im Rahmen des Anhörungsverfahrens gem. § 37 Abs. 4 GO NRW vorgebrachten Änderungsvorschläge der Bezirksvertretungen, soweit sie nicht in die Veränderungsnachweise übernommen wurden, unter Berücksichtigung der im Finanzausschuss beschlossenen Änderungen ab.

Der Finanzausschuss ermächtigt die Verwaltung, die beschlossenen Änderungen der Fraktionen zum Hpl.-Entwurf 2018 in formaler Hinsicht zu korrigieren, sofern dies aus haushaltsrechtlichen Gründen erforderlich sein sollte (z.B. Teilplanzuordnung, falsche Teilplanzeile)

Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass die als Anlage beigefügte „Zuständigkeitsregelung bei Freigaben von investiven Auszahlungen“ für das Jahr 2018 unverändert weiter gilt.

Abstimmungsergebnis zur so geänderten Vorlage:

mehrheitlich - gegen Stimmen der Fraktionen von SPD und Die Linke - zugestimmt.

8 Stellenpläne

8.1 Stellenplan für das Jahr 2018 (incl. Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln) 2834/2017

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2018 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.
Auf der Grundlage bestehender Ratsbeschlüsse bzw. gesetzlicher Vorgaben ergeben sich für 2018 im Saldo 708,25 Mehrbedarfe (Mehrstellen, Entfristungen und Befristungsverlängerungen) für die Kernverwaltung.

Bedingt durch die nach wie vor spürbaren Auswirkungen der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen, den Maßnahmen zur Intensivierung der Verkehrsüberwachung und des Ordnungsdienstes, die erweiterten neuen Aufgaben aus dem Themenfeld „wachsende Stadt“ (Bildung, Betreuung und Wohnen) und den Nachholbedarf bei der Sanierung/Neubau der Infrastruktur – hier insbesondere Verkehr, Straßen, Brücken, Tunnel und des Sanierungsbedarfs bei Gebäuden sind für 2018 insgesamt 607,76 Stellen zusätzlich erforderlich. Aufgrund eines dauerhaft bzw. zumindest temporär weiterhin bestehenden aufgabenbedingten Bedarfs werden 77,00 Stellen entfristet und für 58,72 Stellen die Befristungen verlängert. Darüber hinaus werden 35,23 Stellen abgesetzt.

Von den 607,76 Mehrstellen entfallen

268,46 (= rd. 44%) Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben,

168,00 (= rd. 28%) Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und

171,30 (= rd. 28%) Stellen auf die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben.

2. Der Rat beschließt bei 26 – Gebäudewirtschaft der Stadt Köln die Befristungsverlängerung für 2,50 Stellen, die in der mittelfristigen Finanzplanung im Rahmen des vom Rat am 04.04.2017 beschlossenen Wirtschaftsplanes 2017 enthalten ist.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Kernverwaltung und 26 – Gebäudewirtschaft der Stadt Köln insgesamt Mehrbedarfe im Umfang von saldiert 710,75 Stellen erforderlich sind.
4. Die Finanzierung der für die Kernverwaltung ausgewiesenen Mehrbedarfe ist gesichert und die Finanzierung der Mehrbedarfe der Gebäudewirtschaft wird im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2017 und des noch zu erstellenden Wirtschaftsplanes 2018 aufgezeigt.

Die Mehrstellen unterliegen den vom Rat zur Haushaltsumsetzung beschlossenen Restriktionen einschließlich einer stringenten aufgabenbezogenen Bewirtschaftung analog dem bei den vorhandenen Stellen praktizierten Verfahren.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimmen der SPD-Fraktion - zugestimmt.

8.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT betreffend Stellenplan für das Jahr 2018 AN/1513/2017

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Ergänzungen zum Stellenplan 2018 als Anlage zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2018:

Liste 1 Mehr- u. Wenigerstellen

Dez.	Dst.	Stellen	Bemerkung
OB	OB/5	0,5 A/E12	Städtepartnerschaften / SDG
V	V/7	0,5 E/A13	Klimapartnerschaften
VII	4512	1,0 E/A9	Restaurator/-in f. Steinkonservierung

VII	4514	1,0 E10	MAKK Marketing
IV	512	1,0 E/A10	Erneuerung Spielplätze
IV	52	1,0 E/A11	Gartenbauingenieur
VI	67	10,0 E/A4/5	Fachkräfte Straßenbegleitgrün
V	57	1,0 E/A11	Ingenieur Entsiegelung
V	57	1,0 E/A10	Begrünung
VI	57/3	1,0 E/A13	Umweltbildung / Haus des Waldes

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimme der Fraktion von Die Linke- zugestimmt.

**8.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2018
2847/2017**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2018 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen Stimmen der SPD-Fraktion - zugestimmt.

**8.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2018
2900/2017**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2018 des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**8.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2018
2915/2017**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2018 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9 Mündliche Anfragen

Es wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

Martin Börschel
(Ausschussvorsitzender)

Michael Hengstenberg
(Schriftführer)